



Kein Frieden

ohne Abrüstung!

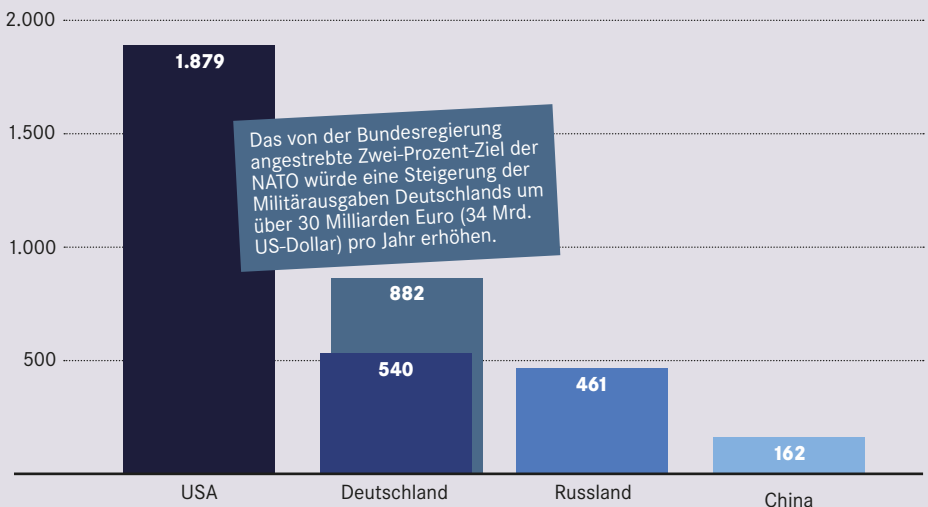
DIE LINKE.

Friedenspolitik heißt: Schulen statt Panzer, Lehrer statt Soldaten

Weltweit haben bewaffnete Konflikte in den vergangenen Jahren zugenommen. Die anhaltende Gewalt in weiten Teilen des Nahen und Mittleren Ostens, Afrikas und Südasiens ist für hunderttausende Zivilistinnen und Zivilisten und vor allem für Kinder eine Katastrophe. Über 65 Millionen Menschen wurden durch gewaltsame Konflikte zur Flucht gezwungen. Rücksichtslose Handelsabkommen, der Kampf um Bodenschätze, Land und Rohstoffe sowie die Folgen der Klimakatastrophe führen zu Aufständen, kriegesischen Auseinandersetzungen und Fluchtbewegungen über die Kontinente. Die westlichen Staaten setzen unter Führung der USA und mit Beteiligung Deutschlands, ihren sogenannten Krieg

gegen den Terror fort. Dieser Krieg ist gescheitert. Der Terror wurde nicht besiegt, sondern nach Europa geholt. Der globale Handel mit schweren Waffen hat zugenommen. Die weltweiten Militärausgaben erreichten 2017 mit schätzungsweise 1.739 Mrd. US-Dollar den höchsten Stand seit Ende des Kalten Krieges. Die fünf größten waffenexportierenden Länder sind die USA, Russland, Frankreich, Deutschland und China. Mit der Genehmigung von Union und SPD verkauft die deutsche Rüstungsindustrie jedes Jahr Waffen in alle Welt. Die deutschen Rüstungsexporte in Entwicklungsländer sind auf Rekordniveau. Wir fordern einen sofortigen Stopp von Rüstungsexporten! Das gilt erst recht für die Ausfuhren von

Militärausgaben pro Einwohner in US-Dollar



Kleinwaffen. Denn mit den sogenannten Kleinwaffen – darunter Sturmgewehre und Maschinenpistolen – werden die meisten Menschen auf dieser Welt getötet. Sie sind die wahren Massenvernichtungswaffen. Deutschland ist eines der reichsten Länder der Welt und sollte seinen Einfluss geltend machen, derartige Exporte zu beenden und zu ächten.

Anstatt Rüstungsexporte durch Hermes-Bürgschaften abzusichern, sollte die Bundesregierung die Waffenproduzenten bei der Umstellung auf eine zivile Produktion unterstützen.

Die Bundesrepublik als Exportweltmeister hat Macht und Einfluss. Diesen Einfluss müssen wir für weltweite Abrüstung geltend machen. Schluss mit den Auslandseinsätzen der Bundeswehr! Wenn die Regierung von »deutscher Verantwortung in der Welt« spricht, sagen wir: Das muss eine Verantwortung für Abrüstung und friedliche Konfliktlösungen sein. Wir wollen Krieg und Gewalt beenden und allen Menschen ein gutes Leben ermöglichen. Das geht nur, wenn Konflikte friedlich gelöst werden, wenn konsequent abgerüstet und die Weltwirtschaftsordnung gerecht organisiert wird – und mit internationaler Solidarität.

DIE LINKE ist die einzige Partei, die im Deutschen Bundestag allen Auslandseinsätzen der Bundeswehr nicht zugestimmt hat. Anstatt den Frieden zu fördern, gießt die Bundesregierung Öl ins Feuer und rüstet die Bundeswehr weiter auf. Die Bundesregierung bekennt sich zum Zwei-Prozent-Ziel der NATO. Das heißt, dass in absehbarer Zeit zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes für das Militär ausgegeben werden sollen. Das wären dann fast 80 Milliarden Euro. Somit würde Deutschland seinen Militärhaushalt fast verdoppeln!

Dabei leben jetzt schon Millionen Menschen hierzulande unter der Armuts-

grenze. Mit den Milliarden könnten wir Armut wirksam bekämpfen: Hier und anderswo. Statt Geld für Waffen auszugeben, muss die Bundesregierung in die Zukunft aller investieren: Es fehlen Wohnungen, Kitaplätze, Pflegepersonal und Lehrkräfte. Was wir nicht brauchen, sind Milliarden für Killerdrohnen, Panzer und Kampfflugzeuge.

Derzeit sind neun Staaten im Besitz von Atomwaffen. Zusammen besitzen sie fast 15 000 Atomwaffen. 3 750 davon sind einsatzbereit und fast 2 000 in höchster Alarmbereitschaft. Zwar gilt Deutschland offiziell nicht als Atommacht, doch lagern im rheinland-pfälzischen Fliegerhorst Büchel US-Atombomben. Im Rahmen der nuklearen Teilhabe werden hier auch Piloten der deutschen Luftwaffe ausgebildet. Wir sagen: Schluss damit!

Das fordern wir:

- Kein Geld für Kriege und Waffen. Fluchtursachen bekämpfen, Frieden sichern, Entwicklungszusammenarbeit verstärken.
- Krieg ist kein Mittel der Politik: Deutsche Soldatinnen und Soldaten aus allen Auslandseinsätzen zurückholen und in keine neuen schicken.
- Statt einer aggressiven NATO wollen wir ein Sicherheitsbündnis unter Einbeziehung von Russland.
- Die Rüstungsindustrie konsequent umbauen: Wir wollen mit Gewerkschaften, Friedensbewegung und Kirchen Konversionsprogramme für die Beschäftigten in der Rüstungsindustrie entwickeln, um neue Arbeitsplätze zu schaffen.
- Keine staatlich geförderte Forschung für den Krieg – Wir fordern Zivilklauseln an den Hochschulen.
- Kein Werben fürs Sterben! Die Bundeswehr hat an den Schulen nichts zu suchen und darf keine Soldatinnen und Soldaten rekrutieren, die jünger als 18 Jahre alt sind!

Unser Programm für den Frieden:

1 Waffenexporte verbieten:

Keine Waffendeals mit Saudi-Arabien und der Türkei. Wir fordern ein striktes Ausfuhrverbot für Kriegsgerät aller Art.

2 Europäische Entspannungspolitik statt Auslandseinsätze der Bundeswehr:

Kein Krieg mehr mit deutscher Beteiligung. Wir wollen die Soldatinnen und Soldaten aus aktuellen Auslandseinsätzen zurückziehen.

3 Keine Erhöhung des Militäretats und keine europäische Armee:

Statt Milliarden für den Bau und Erwerb von Kriegsgeräten zu verschwenden, wie die Bundesregierung, wollen wir das Geld in Armutsbekämpfung, Schulen, Wohnungen und die marode Infrastruktur investieren.

4 Fluchtursachen bekämpfen – nicht Flüchtlinge:

Kriege und bewaffnete Konflikte müssen verhindert werden. Klimawandel und Armut müssen bekämpft werden. Dazu brauchen wir eine gerechte Weltordnung und eine Entwicklungszusammenarbeit, die die eigene wirtschaftliche Entwicklung fördert statt Freihandelsabkommen.

Ich möchte weitere Informationen

- Bitte schick mir weitere Informationen zum Thema.
- Ich will Mitglied der LINKEN werden!



Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Telefon

E-Mail

Unterschrift

Die Angaben werden von der Partei DIE LINKE in ihrer Bundesgeschäftsstelle und den Gliederungen, entsprechend den Bestimmungen der EU-Datenschutzgrundverordnung, zum Zwecke des Nachweises der Mitgliedschaftsvoraussetzung, der Nachweisführung gemäß Parteiengesetz, der statistischen Auswertung und innerparteilichen Kommunikation verarbeitet. Weitere Hinweise zum Datenschutz und Ihren Rechten unter www.die-linke.de/datenschutz

Partei Vorstand der Partei DIE LINKE
Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin
Tel. 030/24 00 99 99, www.die-linke.de

linksaktiv.de



Wir brauchen Dich!

Gemeinsam werden wir unsere Forderungen für Frieden und soziale Gerechtigkeit zu den Menschen bringen und im eigenen Kiez, im Betrieb oder im Kleingartenverein das Gesicht der LINKEN sein. Sei Du der Stein, der eine Lawine auslöst und andere zum Mitmachen motiviert. Melde Dich an und lade Freunde und Bekannte ein, DIE LINKE im Wahlkampf zu unterstützen.

www.linksaktiv.de

DIE LINKE.